

**Beschluss** (gegen die Stimmen von FDP – BAYERNPARTei und AfD):

1. Es wird dem als Anlage beigefügten geänderten Gesellschaftsvertrag der WERK1.Bayern GmbH unter Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Werk1.Bayern GmbH zur Aufnahme einer gendergerechten Sprache zugestimmt.
2. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird ermächtigt, Änderungen des Gesellschaftsvertrags der WERK1.Bayern GmbH, welche im Rahmen der notarielle Beurkundung erforderlich sind und die grundsätzlichen Positionen der Landeshauptstadt München nicht berühren, sowie redaktionelle Änderungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.